

An  
Peter J. Croll  
Direktor  
Bonn International Conversion Center (BICC)

Bonn

**Claudia Roth**  
Bundesvorsitzende

Jürgen Trittin  
Spitzenkandidat von  
Bündnis 90/Die Grünen

**Winfried Nachtwei**  
MdB, sicherheits- und  
abrüstungspolitischer Sprecher  
der Bundestagsfraktion von  
Bündnis 90/Die Grünen

## Memorandum zur Bundestagswahl 2009

Berlin, 27. August 2009

Sehr geehrter Herr Croll,

vielen Dank für Ihr Memorandum „Gewaltkonflikten vorbeugen: sichtbarer – wirksamer – handlungsfähiger“. Ihr Zwischenruf zur Bundestagswahl kommt zur rechten Zeit. Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen sprechen zentrale Punkte für eine Verbesserung der Infrastruktur und Handlungsfähigkeit im Bereich ziviler Krisenprävention an. Sie machen konkrete Vorschläge und laden zu einer Strategiediskussion über Inhalt und Format deutscher Friedens- und Sicherheitspolitik ein.

Dieses Diskussionsangebot nehmen wir gerne an. Wie man angesichts veränderter Rahmenbedingungen und akuter Gewaltkonflikte kollektive und menschliche Sicherheit in Praxis gewährleistet, ist eine der zentralen politischen Herausforderungen. Unsere Partei hat diese Diskussion – zuletzt im Rahmen der Friedens- und Sicherheitspolitischen Kommission und unseres Sonderparteitages zum Afghanistan-Einsatz - immer wieder und mit großer Leidenschaft geführt. Im Bericht „Grüne Friedenspolitik im 21. Jahrhundert“ haben wir 2008 unsere Vorstellungen für eine Friedenspolitik in globaler Verantwortung vorgelegt. Sie finden den Bericht unter:

[http://www.gruene-partei.de/cms/default/dok/247/247650.gruene\\_friedenspolitik\\_im\\_21\\_jahrhundert.pdf](http://www.gruene-partei.de/cms/default/dok/247/247650.gruene_friedenspolitik_im_21_jahrhundert.pdf)

Wir Grüne setzen uns seit unserer Gründung für eine Politik der Krisen- und Gewaltprävention ein. Gewalt zu verhindern und Frieden zu fördern, gehört zu den Leitideen grüner Politik. Wir haben in der rot-grünen Regierungszeit, zusammen mit Partnerinnen und Partnern aus der Friedensforschung und Zivilgesellschaft, dazu beigetragen dass Deutschland zu einem Vorreiter und Motor für eine Stärkung der Handlungsfähigkeit im Bereich Gewalt- und Krisenprävention wird.

Wir haben auch in der Opposition Impulse gegeben und die von Ihnen angestrebte Strategiediskussion wiederholt versucht, ins Parlament zu tragen. Hier verweisen wir auf unseren **Antrag „Zivile Krisenprävention und Friedensförderung brauchen einen neuen politischen Schub“** (BT-Drs. 16/13392 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/133/1613392.pdf>) Leider standen wir mit unseren Vorstellungen allein auf weiter Flur. Die parlamentarische Aussprache An-

### Bankverbindung:

Bank: SEB AG Berlin, Kontonummer: 133 2755 800, Bankleitzahl: 100 101 11  
Steuernummer: 27/650/52494 beim Finanzamt für Körperschaften Berlin

[www.gruene.de](http://www.gruene.de)

fang Juli 2009 war die einzige und gleichzeitig sehr ernüchternde Debatte zu diesem Thema in dieser Legislaturperiode (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16230.pdf>). Die kurze Aussprache dokumentiert anschaulich den politischen Stillstand und das Desinteresse der Bundesregierung und der anderen Bundestagsfraktionen. Zum wiederholten Male erlebten wir dabei, dass die Medien – trotz persönlicher Vor- und Nachunterrichtung – von dieser Initiative und Debatte keinerlei Notiz nahmen.

### Wo stehen wir?

Bis vor wenigen Jahren gehörte Deutschland zu den treibenden und innovativen Kräften für den Aufbau einer Infrastruktur für zivile Krisenprävention. Während in anderen Ländern wie der Schweiz, in Kanada oder Norwegen eine Weiterentwicklung der zivilen Strategien, Instrumente und Fähigkeiten erfolgt, **fehlen in Deutschland neue Impulse**. Zwar wurden zu Zeiten der Großen Koalition die Haushaltsmittel für zivile Krisenprävention aufgestockt und auch ein Sekundierungsgesetz zur sozialen Absicherung von Zivilfachleuten in internationalen Missionen wurde beschlossen. Da reicht aber bei weitem nicht aus, um den eklatanten Rückstand der zivilen und polizeilichen Fähigkeiten abzubauen.

### Was sind grüne Leitgedanken?

Wir haben eine Mitverantwortung für Frieden und globale Gerechtigkeit, heute und gegenüber künftigen Generationen. Das Völkerrecht und die Vereinten Nationen bilden den Rahmen für eine Politik der kollektiven Friedenssicherung. Grüne stehen für eine **vorausschauende Friedenspolitik**, die sich dem Primat der Kriegs- und Gewaltverhütung verpflichtet fühlt und dazu beitragen möchte, die Menschheit von der Geißel des Krieges zu befreien. Ursachen von Krisen müssen frühzeitig angegangen und Friedenschancen ergriffen werden. Die primäre Verantwortung tragen die Konfliktbeteiligten. Jede Einmischung von außen muss so gering wie möglich sein. Im Sinne einer „**do-no-harm-**„Politik gilt es die Folgen jedes Eingreifens von außen im Blick zu halten. Priorität hat deshalb für uns die Unterstützung der friedensbereiten Kräfte vor Ort.

Kernvoraussetzung zur **Stabilisierung** von Krisenregionen ist die Förderung von Staatlichkeit auf verschiedenen Ebenen, von rechtsstaatlicher Polizei und Justiz sowie von Zivilgesellschaft. Ein bestmögliches **Zusammenwirken** politischer, ziviler, polizeilicher und militärischer Akteure ist unerlässlich. Ebenso essenziell sind der systematische Einbezug der **lokalen Bevölkerung**, regionaler Organisationen und der Regierungen sowie **die Beteiligung von Frauen** an Friedensprozessen.

### Was muss getan werden?

Friedenspolitik hat viele Dimensionen. Operativ hat zivile Krisenprävention nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn hierfür **ausreichende materielle wie personelle Fähigkeiten und Strukturen** vorhanden sind. Zwischen militärischen und zivilen Kapazitäten bestehen immer noch erhebliche Unterschiede. Wir Grüne wollen, dass diese endlich geschlossen und der **Aktionsplan „Zivile Krisenprävention“** konsequent umgesetzt und weiterentwickelt wird.

Wir wollen eine **stehende zivile Infrastruktur** mit einem rasch einsatzfähigen und EU-kompatiblen Personalpool für den Polizei-, Justiz und Verwaltungsaufbau sowie den Aufbau von wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Strukturen einrichten. Dafür muss Deutschland, wie von der EU gefordert, endlich klare **zivile Planziele** formulieren, bis wann, welche Schlüsselfähigkeiten erreicht werden sollen.

Für eine effiziente krisenpräventive Politik ist eine **institutionelle Neuausrichtung** unerlässlich. Integrierte Führungsstrukturen für Kriseneinsätze, wie es sie beispielsweise in Kanada und Großbritannien bereits seit 2005 gibt und sie beim Verteidigungsministerium mit dem Einsatzführungsstab aufgebaut wurden, gibt es auf der zivilen Seite nicht. Auch von einer **Kultur der Zusammenarbeit** zwischen den Ressorts und staatlichen wie zivilgesellschaftlichen Akteuren sind

wir noch weit entfernt. Fehlanzeige ebenso bei der Schaffung gemeinsamer Finanzierungspools, die z. B. in Kanada mit dem „Peacebuilding“-Fund bereits seit Mitte der 90er Jahre existieren.

Wir wollen den Weg für **ressortgemeinsame Planung, Führung und Auswertung** von Krisenengagements öffnen. Anfangen wollen wir mit einer ressortübergreifenden Afghanistan-*Task Force*. Den Ressortkreis „Zivile Krisenprävention“ wollen wir mit **mehr operativen Kompetenzen** ausstatten. Um die Beiträge ziviler Krisenprävention und Friedensförderung sichtbar zu machen und darüber politische Unterstützung zu mobilisieren, ist eine **professionelle Kommunikationsstrategie**, wie es sie beispielsweise in Norwegen bereits gibt, unerlässlich.

Auf der **konzeptionellen Ebene** schließlich bedarf das Verhältnis zwischen zivilen, polizeilichen und militärischen Maßnahmen und Akteuren einer Klärung. Während die Bundeswehr mit CIMIC (*Civil Military Cooperation*) sehr präzise Konzepte zur **zivil-militärischen Zusammenarbeit** entwickelt hat, fehlen diese auf der zivilen Seite.

### **Wie stehen die Grünen zu den Forderungen des Memorandums?**

Wir Grüne unterstützen das Memorandum. Wie Sie dem nachstehenden Auszug aus unserem Antrag entnehmen können, sind viele Forderungen identisch. Anmerkungen hätten wir lediglich zu zwei Punkten:

- Dass die ressortübergreifende Koordination und das *Monitoring* ziviler Krisenprävention durch den Bundestag verbessert werden müssen, steht auch für uns außer Frage. Hierfür gibt es unterschiedliche diskussionswürdige Optionen. Ob eine Ansiedlung einer/s Krisenpräventionsbeauftragten im Kanzleramt die praktikabelste Lösung ist, wurde bei uns kontrovers diskutiert und tendenziell eher bezweifelt. Wir Grüne schlagen in unserem Antrag vor, dass die Aufgabe der Koordinierung aller Maßnahmen der Bundesregierung zur internationalen Krisenprävention und Konfliktbewältigung einem Staatssekretär im Auswärtigen Amt übertragen wird.
- Hinsichtlich der Einrichtung eines weiteren Bundestagsausschusses, als Hauptausschuss oder als Unterausschuss haben wir uns bislang noch nicht explizit positioniert. Das trotz aller verbaler Beteuerungen faktische Desinteresse, das die Bundesregierung und andere Fraktionen dem Thema entgegenbringen, spricht für Ihren Vorschlag. Dabei müsste geklärt werden, welche Aspekte des Querschnittsthemas in die Zuständigkeit eines Ausschusses für zivile Krisenprävention und Friedenssicherung fallen würden. Denkbar wäre z. B. die parlamentarische Begleitung der Umsetzung und Weiterentwicklung des Aktionsplans zivile Krisenprävention und der Arbeit eines gestärkten Ressortkreises.

Wir brauchen einen neuen politischen Schub für zivile Krisenprävention und Friedensförderung. Deutschland muss international wieder zum Vorreiter für den Ausbau der zivilen Krisenprävention werden. Wir Grüne sind bereit, uns dieser Aufgabe zu stellen. Gern unterstützen wir deshalb Ihr Memorandum als Erstunterzeichner.

Mit freundlichen Grüßen



Claudia Roth



Jürgen Trittin



Winfried Nachtwei

Auszug aus den Forderungen des Grünen Antrags (BT-Drs. 16/13392:  
**„Zivile Krisenprävention und Friedensförderung brauchen einen neuen politischen Schub**

- ein integriertes ressortübergreifendes **Krisenfrühwarnnetz** unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure aufzubauen;
- den **Ressortkreis Zivile Krisenprävention** durch Steuerungskompetenzen, eigene Finanzmittel und bessere Personalausstattung zu stärken und die zivile Krisenprävention zur Aufgabe eines Staatsministers im Auswärtigen Amt zu machen;
- zu bedeutsamen deutschen Krisenengagements in komplexen Konfliktregionen (z. B. Afghanistan) oder zu zentralen Querschnittthemen (z. B. Wiederaufbau, Stabilisierung, State Building) **ressortübergreifende Arbeitseinheiten** (Task Forces) zu bilden und die Erfahrungen anderer Länder (z. B. Kanada, Niederlande, USA) zu beachten;
- **ressortgemeinsame Finanzierungsinstrumente** auszuweiten und in Anlehnung an die britischen Conflict Prevention Pools mit zusätzlichen Haushaltsmitteln thematisch gebundene Fonds bzw. Länderfonds einzurichten, die ressortgemeinsam verwaltet werden;
- einheitliche Kriterien für Evaluationen und Wirkungsanalysen von zivilen wie militärischen Krisenengagements zu entwickeln sowie einen **unabhängigen Evaluierungsmechanismus** einzurichten und Auswertungen bisher ergriffener Maßnahmen im Bereich der Krisenprävention öffentlichkeitswirksam darzustellen;
- den **Beirat Zivile Krisenprävention** aufzuwerten, seine Handlungsfähigkeiten zu verbessern und ihn mit eigenen finanziellen Ressourcen auszustatten;
- dazu beizutragen, dass das **Verhältnis zwischen zivilen und militärischen Maßnahmen** sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene und die realen Differenzen, Probleme aber auch Kooperationschancen zwischen militärischen und zivilen Akteuren mit den Partnern stärker thematisiert und bei den Planungen von Krisenengagements berücksichtigt werden;
- **mit Priorität Friedensbemühungen direkt vor Ort** zu stärken sowie lokale Versöhnungsprozesse zu fördern und die bestehenden Strukturen und Ressourcen für die Förderung von Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Initiativen vor Ort auszubauen sowie diese von Anfang an in die Planung, Durchführung und Evaluation von Vorhaben zur Friedenskonsolidierung einzubeziehen;
- in Anlehnung an das „Zivile Planziel 2010“ der Europäischen Union und dessen Umsetzungsstrategie **nationale zivile Planziele** für Schlüsselfähigkeiten (z. B. Rechtsstaats- und Verwaltungsexpertinnen und -experten, Polizeiausbilderinnen und -ausbilder und -beraterinnen und -berater, Friedensfachkräfte) zu definieren, die am Bedarf der Europäischen Union und der Vereinten Nationen orientiert sind und auf **Lessons Learned- und Best- Practice-Erfahrungen** anderer Staaten sowie Nichtregierungsorganisationen und Forschungseinrichtungen zurückgreifen;
- in Abstimmung mit den europäischen Partnern eine stehende zivile Infrastruktur voranzubringen und einen **rasch einsatzfähigen und EU-kompatiblen Personalpool von Experten und Expertinnen** für den Polizei-, Justiz- und Verwaltungsaufbau sowie den Aufbau von wirtschaftlichen und zivil- gesellschaftlichen Strukturen einzurichten;
- die Rahmenbedingungen für die **Entsendung von Zivilpersonal** durch Beseitigung von Entsendehindernissen, qualifizierte Ausbildung, Attraktivitätssteigerung, verlässliche Einsatzbegleitung und Rückkehrerunterstützung zu verbessern. Hierzu auch das ZIF in Richtung Entsendeorganisation weiterzuentwickeln, die Kapazitäten des ZIF in den Bereichen Training, Rekrutierung/Entsendung und Analyse/ Lessons Learned zu erweitern und zu verbessern. Dem ZIF insbesondere weitere Verantwortung für das Zivilpersonal zu übertragen und ihm mehr personelle und finanzielle Ressourcen zur

Betreuung von Zivilpersonal und auch für die Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung zu stellen;

- die **Haushaltsmittel für die Friedens- und Konfliktforschung** substanziell auszubauen, um u. a. konzeptionelle Lücken im Bereich der Krisenpräventionspolitik zu schließen sowie Friedenspotenziale und -akteure zu identifizieren und zu analysieren. Außerdem darauf hinzuwirken, dass die personellen und finanziellen Mittel für Regionalstudien an Universitäten und wissenschaftlichen Einrichtungen deutlich aufgestockt werden.
- der mangelhaften Wahrnehmung und **Sichtbarkeit von ziviler Krisenprävention** entgegenzuwirken und eine Kommunikationsstrategie zu entwickeln und umzusetzen, die die Praxis der zivilen Krisenprävention, ihre Instrumente, Wirksamkeiten und Chancen breiter bekannt macht und damit einen Beitrag zur überfälligen friedenspolitischen „Alphabetisierung“ leistet

Auszug Bundestagswahlprogramm 2009

### **„Vorrang für Zivil**

Der Vorrang der zivilen Krisenprävention entspricht unserer Verantwortung für Frieden und Sicherheit in der Welt. Ein Leben in Freiheit und Gerechtigkeit ist ohne Sicherheit nicht möglich. Aber Militär kann Frieden nicht selbst schaffen, sondern bestenfalls Spielräume für politische Konfliktlösungen öffnen und offenhalten. Anstatt nur kurzfristig Brände zu löschen, ist es nötig, Gewaltursachen frühzeitig zu erkennen und anzugehen. Das heißt vor allem auch, unsere eigene nationale Politik darauf zu prüfen, inwiefern sie Konflikte schürt. Ob zivil oder in Uniform – alle, die in Kriseneinsätzen Leben und Gesundheit riskieren, sollen gut ausgebildet und ausgerüstet, umfassend versichert und medizinisch und psychologisch versorgt werden. GRÜNE wollen Frieden gestalten und Friedenschancen nutzen. Wir wollen das Gebot der Gewaltfreiheit in praktische Politik übersetzen und dafür die zivile Krisenprävention massiv ausbauen. Zur Stabilisierung von Krisenregionen ist zivile Konfliktbearbeitung heute wichtiger denn je. Die große Koalition aber unternimmt keine Anstrengungen, die Fähigkeiten zur Krisenprävention zu verbessern. Im zivilen und polizeilichen Bereich gibt es erheblichen Nachholbedarf. Ohne die nötigen Mittel, bessere Strukturen, mehr Personal und einen schnell einsatzfähigen ExpertInnenpool für Polizei-, Justiz- und Verwaltungsaufbau ist die Endlosigkeit von Militäreinsätzen vorprogrammiert. Wir wollen den Rückstand im zivilen Bereich abbauen, den Aktionsplan „Zivile Krisenprävention“ realisieren und weiterentwickeln und mit einem zivilen Entsendegesetz den Einsatz ziviler Fachkräfte erleichtern. Die Förderung lokaler friedensbereiter Kräfte und regionaler Organisationen vor Ort ist ein Schlüssel für Befriedungsprozesse. Der ständige Dialog mit unabhängiger Friedensforschung, internationalen und deutschen Nichtregierungsorganisationen und Friedensgruppen erleichtert die Früherkennung und Deeskalation von Konflikten und schärft den Blick auf eigene Defizite.

Ein nicht zu unterschätzender Baustein für den Aufbau von zivilgesellschaftlichen Kräften ist auch eine erleichterte und bezahlbare Visavergabe - gerade für jüngere Menschen. Internationaler Austausch und das Erleben funktionierender Demokratie können in den Herkunftsländern wichtige Impulse zur gesellschaftlichen Öffnung bedeuten. Die von den großen Volksparteien verfolgte doppelzüngige Politik, einerseits Zivilgesellschaften in autoritären Staaten unterstützen zu wollen und andererseits ihnen den Austausch mit Partnerorganisationen in Deutschland zu erschweren, wollen wir so beenden.“